

# Arbeiter-Stimme

ZENTRALORGAN DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI OESTERREICHS

10 Nummern S 150 (inkl. Postzustellung)  
Oesterr. Postsparkassenkonto Nr. 119471

## (OPPOSITION)

Redaktion und Administration:  
XVI, Kirchstetterngasse 19/10, Tel. R-30-9-58

Preis 15 Groschen

Dezember 1932

6. Jahrgang, Nr. 116

# Streikwelle über Oesterreich

Mit allen Mitteln sucht die Bourgeoisie die Aktion der Arbeiter niederzuhalten. So gestiegen ist die Arbeitslosigkeit, daß die Zahl der Arbeitslosen in Wien allein um 23.000 höher ist als im Vorjahr. Die Kapitalisten werfen tausende Arbeiter aufs Pflaster, drücken die Löhne. Der kapitalistische Staat steuert aus, kürzt die Unterstützungen und macht den Kapitalisten Präsenze über Präsenze. Die Ausbeuter wollen sich in ihrer Rauboffensive nicht stören lassen, also haben sie, noch dazu verfassungswidrig, ein Versammlungsverbot verfügen lassen, das die Aktion der Arbeitslosen unterbinden, den Betriebsarbeitern den Kampf erschweren

mauern, Bankenentschuldung auf Kosten der Massen.

Die Arbeiter haben die richtige Antwort endlich gefunden: sie beginnen gegen die kapitalistische Offensive, gegen den Lohnraub in Streik zu treten.

Wie stellt sich die SP., wie stellt sich die sozialdemokratische Gewerkschaftsbürokratie dazu? Sie suchen mit allen Mitteln den Streik zu verhindern, nachdem er ausgebrochen trotz ihrer Sabotage, suchen die Verbreitung der Kampffront zu verhindern, «stellen sich an die Spitze», setzen Streikleitungen ein, ohne die Belegschaft zu fragen, um möglichst ungestört nach dem Verhalten zu sehen.

Mit Recht ruft die KP. die Arbeiter zum Widerstand, zum Streik gegen den Lohnraub. Daß die Arbeiter wirklich in Kampf treten, ist vor allem der Initiative und Tatkraft der Kommunisten zu verdanken. Mit Recht ruft die KP. den Arbeitern zu, die Streikfront zu verbreitern. Das ist der einzige Weg zum Sieg. Mit Recht kämpft die KP. dagegen, daß die reformistische Gewerkschaftsbürokratie die Streikleitungen einsetzt, statt sie durch die Belegschaft wählen zu lassen. Bis hierher ist die Taktik der KP. vorzüglich. Hier jedoch beginnt sich die stalinische Gewerkschaftsline verhängnisvoll auszuwirken.

Auf leninischer Linie würden die Kommunisten, innerhalb der Gewerkschaften wirkend, gegen die Sabotage der reformistischen Bürokraten erzwingen, daß die Kampfführung durch die Belegschaft gewählt wird. In vielen Orten, insbesondere in Grünbach, würde das den Kommunisten bestimmt gelingen. Statt dessen macht die Stalin-Bürokratie in Konsequenz der stalinischen RGO-Linie, die in Wirklichkeit auf die Schaffung von Gegengewerkschaften ausgeht, auf einmal einen «radikalen» Purzelbaum: kurzerhand läßt sie in einer RGO-Versammlung, in der nur ein Teil der Belegschaft erscheint (in Grünbach von 1000 nur 300, und das ist noch ein relativ gutes Verhältnis) eine Gegenstreikleitung wählen. Welch unbezahlbares Fressen für die sozialdemokratischen Gewerkschaftsbürokraten! Wenn sie den Streik verraten werden, und sie werden ihn verraten, jetzt schon hat ihnen der Stalinismus gratis und fränko das großartigste Argument geliefert, die Schuld von der verräterischen Gewerkschaftsbürokratie auf die ehrlich kämpfenden Kommunisten zu schieben.

Schluß mit dem stalinischen Gegengewerkschaftsspiel! Hinein in die Gewerkschaften! Aus dem Innern der Gewerkschaften heraus erzwingen die Wahl der Streikleitung durch die Belegschaft! Noch immer ist Zeit dazu, trotz alledem. So wird dem Kampf der Arbeiter am besten gedient, so wird die reformistische Sabotage am besten durchkreuzt, entlarvt, so wird der Kampf und sein Erfolg klar der kommunistischen Taktik zu danken sein und der Großteil der Arbeiter wird das so auch erkennen. So, durch richtige Taktik in den Streikämpfen, wird die KP. die Mobilisierung der gesamten Arbeiterschaft fördern für den weiteren Kampf gegen den Lohnraub und überhaupt für den Kampf gegen die gesamte kapitalistische Offensive.

### Stalinischer Kohl

Also sprach Koplenig: «Der Kampf, den die SP. gegen den Nationalsozialismus vortäuscht, ist kein Klassenkampf» (RF) v. 4. d.).

Kampf der Nationalsozialismus gegen die SP? Ja, er kämpft Niederschmetterung des Proletariats zur Sanierung des Kapitals ist das Ziel des Faschismus. Darum will er die kommunistischen Klassenorganisationen des Proletariats zertrümmern. Die kleinbürgerlichen sozialdemokratischen Organisationen sind für den Kampf der Arbeiter ein vollkommenes unzulängliches Instrument, aber der Faschismus will auch die sozialdemokratischen Organisationen zertrümmern, um selbst diese unzulänglichen Positionen als Ausgangspunkte zu heissen, von wo aus sich die Arbeiter zu revolutionären Stützpunkten durcharbeiten könnten. Der Faschismus will das Monopol, Lakai der Bourgeoisie zu sein, allein haben, darum will der blutige Lakai den sozialdemokratischen Pharisäerlakai vernichten. Es ist ein echt stalinischer Generalkurs, daß die SP. gegen den Nationalsozialismus nicht kämpft: sie kämpft gegen ihn, gewiß nicht für proletarische, aber jedenfalls für demokratisch kleinbürgerliche Zwecke. Es ist ein recht stalinischer Generalkurs, daß der Kampf zwischen SP. und Nationalsozialismus kein Klassenkampf sei. Der Faschismus ist die Bewegung der proletarisierten, verzweifelten kleinbürgerlichen Massen in Stadt und Dorf — die Sozialdemokratie ist die Bewegung der Arbeiteraristokratie, die ihren «Sozialismus» drin sucht und findet, aus dem Proletariat auf Kosten der Arbeitermassen ins Kleinbürgertum aufzusteigen und der sich mit den Arbeiteraristokraten verführenden kleinbürgerlichen Schichten, die auf diese Weise ihrem kleinbürgerlichen Vorteil nachgehen. Der Kampf zwischen diesen beiden Lagern, zwischen dem faschistischen Kleinbürgertum und dem demokratischen Kleinbürgertum ist wirklicher Klassenkampf. Indem der Stalinismus das verweicht, indem er Sozialdemokratie und Nationalsozialismus auf einen Haufen wirft, hindert er die KP. den wirklichen Kampf zwischen SP. und Nationalsozialismus im revolutionären Interesse des Proletariats auszunutzen.

Die Sozialdemokratie jammert über die «Unfähigkeit» des Kanzlers Dollfuß. Es fehle ihm jede parlamentarische Erfahrung, das Parlament stagniere, obwohl arbeitswillig, das heißt, obwohl die SP. bereit ist, zu apportieren. In Wirklichkeit besteht die Fähigkeit des Kanzlers Dollfuß für die Bourgeoisie gerade in dieser seiner — «Unfähigkeit». Die Bourgeoisie will sich in ihre außenpolitischen Machinationen, womit sie die habsburgische Restauration vorbereitet, nicht hineinschauen lassen; sie will auf dem Rücken der Massen die handelspolitischen Abmachungen treffen, den Milliarden-schacher mit den Auslandsgläubigern der Credit-Anstalt durchführen, ohne sich durch das sozialdemokratische Parlamentsgemerkel stören zu lassen; mit einem Wort: sie will das Parlament der Form nach bestehen lassen, tatsächlich aber ausschalten, à la Papen.

Die SP. erläßt Warnung über Warnung an ihre kapitalistischen Herren: «Die soziale Krise wird von der Entscheidung über die Richtlinien bestimmt werden...! Keine Aussteuerungen, keine Kürzungen! Die Richtlinien sind unhaltbar», schreibt die «A.-Z.», und sie hat recht. Doch außerparlamentarisch rührt dafür die SP. keinen Finger, sie denkt nicht daran, die Massen zu mobilisieren. All die Warnungen der SP. an die Bourgeoisie sind also nur Scheinkampf, bestimmt, insbesondere den Arbeitslosen Kampf vorzutauschen, in Wirklichkeit sie aber hinzuhalten.

«Entschuldung der Industrie!» ist die neueste sozialdemokratische Lösung. Auf wessen Kosten soll die «Industrie entschuldung» werden? Darüber schweigt die SP. Offenbar auf Kosten der «Allgemeinheit», das heißt auf Kosten der Massen. Und wem soll mit der «Entschuldung der Industrie» geholfen werden, den Arbeitern, den Arbeitslosen? Die Unternehmer würden die Entschuldungsmillionen einstreifen und weiter Arbeiter entlassen und Löhne drücken. Genau so verhält es sich mit dem zweiten sozialdemokratischen Schlagel, «von öffentlicher Stelle aus den Banken die Möglichkeit geben, ihr Budget wieder in Ordnung zu bringen... den Kreditapparat im Interesse der Gesamtwirtschaft zu unter-

### Zwischenakt Schleicher

Die Krise geht weiter, trotz des Weihnachtsgeschäftes und gerade nachher wird sie sich erst recht verschärfen. Die Versuche der deutschen Bourgeoisie, die Schraube des Lohnabbaues noch fester anzuziehen, haben die deutschen Arbeiter mit einer Welle von Streiks durchkreuzt. Die bonapartistische Diktatur war außerstande den Widerstand der Arbeiter zu brechen. Papen mußte gehen. Schleicher trat an seine Stelle.

Papen ging von der Annahme aus, daß der Umschwung in der Weltkonjunktur unmittelbar an der Schwelle. Schleicher rechnet mit dem Umschwung erst nach längeren Monaten, er will ungefährdet über den Schreckenwinter kommen, der die Möglichkeit größter Massenexplosionen in sich birgt, die sich zur revolutionären Hochflut erheben können — nachher will er desto fester zupacken. Darum sucht er ein kombiniertes Machtsystem zu etablieren, bestimmt, die Massen zu lähmen, zu bändigen, niederzuhalten. Papen regierte mit Militär- und Polizeidiktatur, sich auf das Gleichgewicht zwischen Nationalsozialismus und Proletariat. Schleicher sucht seiner Diktatur den Nationalsozialismus anzugliedern und die reformistischen Gewerkschaften.

Dieser Versuch wird scheitern. Gewiß, ein Großteil der reformistischen Gewerkschaftsbürokraten läte gerne mit. Den finanziell geschwächten Gewerkschaften verspricht Schleicher den Einbau in den Staatsapparat. Gehaltszahlung an die Gewerkschaftsbürokraten von Staats wegen, mein Lieber, was willst du noch mehr! Allein, schon heute ist die Gärung selbst der sozialdemokratischen Massen viel zu groß. So groß, daß sie selbst die sozialdemokratischen Koalitionskeber in Baden «freiwillig» aus der Koalition gequetscht haben. Schleichers Pläne werden an den Massen scheitern.

Die Grundaufgabe der deutschen Bourgeoisie bleibt dieselbe: den Kapitalismus auf Kosten der Massen zu sanieren. Doch diese Grundaufgabe ist heute viel schwerer geworden, die Massen sind im Erwachen, schon regt sich ihr Kampfwille in großen Streiks und das ist erst der Anfang. Der Bonapartismus hat abgewirtschaftet. Schleicher kann höchstens Zeit gewinnen. Der Bourgeoisie bleibt nur mehr der Faschismus. Je weiter die Krise schreitet, je stärker sich die Widerstandswelle der Massen erhebt, desto stärker wird sich durch alle Manöver Schleichers hindurch in der Bourgeoisie das Drängen erheben nach dem Faschismus, nach der faschistischen Diktatur.

Nach sucht die Bourgeoisie den großen Bürgerkrieg zu vermeiden, noch schreckt sie vor dem gewaltigen Wagnis zurück, in dem auch um die kapitalistischen Köpfe gespielt wird. Zu sagen, daß Großagrarien und Großindustrielle unter allen Umständen den Bürgerkrieg nicht wollen, wie das der sozialdemokratische Spezialist für Faschismus, Ellenbogen, tut, (Kampf Nr. 12), heißt die Kapitalisten — für Sozialdemokraten halten. Die deutsche Bourgeoisie wird zum großen Bürgerkrieg, wird zur faschistischen Diktatur greifen, bis sie keinen anderen Weg sieht zur Lösung ihrer kapitalistischen Grundaufgabe. Dieser Moment naht im Eilschritt heran.

Ob die Bourgeoisie dabei Hitler an die Spitze stellt oder Schleicher oder sie brütet unter den Hohenzollernhut irgend-

## Unterstützt die Aktion der Kommunistischen Partei Oesterreichs für die Arbeitslosen!

identen Auwi schiebt, ist nicht wesentlich. Entscheidend ist, daß die Bourgeoisie die Aktion des Staatsapparates vereinigt mit der Aktion des faschistischen Apparates mit dem einen Ziel der Zerschmetterung ausnahmslos aller kommunistischen und sozialdemokratischen Organisationen.

Die Sozialdemokratie stellt in Wirklichkeit ihre Rechnung auf Schliecher. Sie glaubt, daß er eine dritte Front aufrichtet hinter dem Faschismus, das heißt gegen den Faschismus. Welch Massenbetrug, Welch Selbstbetrug! Schliecher wünscht jetzt Zeit zu gewinnen und träumt in der Perspektive mit der faschistischen Diktatur — unter Schleichers Führung. Ob Hitler, ob Schleicher, ob Auwis oder wessen sonst Führung — die Perspektive der Bourgeoisie geht auf die faschistische Diktatur, weil ihr unter dem Druck der fortschreitenden Krise und des Anwachsens des Massen-kampfwillens kein anderer Weg mehr bleibt kapitalistisch die Krise zu überwinden. Das ist das Wesentliche!

Der Stalinismus baut darauf, daß ihm die Verräterei der SP, an denen es gewiß nicht fehlen wird, weiterhin trotz alles stalinischen Generalunsinns Arbeiter zutreiben werde. Diese Rechnung stimmt. Doch das ist die Rechnung engstirniger, schamloser Parteibureaucraten. Denn, ob das ausreichen wird, die faschistische Diktatur zu verhindern, den Faschismus zu besiegen, darauf kommt es an. Wer nüchtern denkt, muß das verneinen.

Nur eines mag die Wendung für das Proletariat herbeizuführen, die faschistische Diktatur zu verhindern, den Faschismus zu besiegen: die Kampfeinheitsfront, der gemeinsame Kampf von KP, SP, Gewerkschaften, herbeigeführt, erzwingen mit Hilfe des Massendruckes von unten, mittels eines Spitzenangebotes an die SPD und Gewerkschaften durch die Initiative der KPD!

### Die RGO-Linie

Erster Teil der Wahrheit: «Das ZK verpflichtet alle Kommunisten zum Eintritt und zur revolutionären Arbeit in den Gewerkschaften. Die Kommunisten, auch die Mitglieder der RGO, haben die Pflicht, für die Gewerkschaften zu werben und in Verbindung mit der Entfaltung einer innergewerkschaftlichen Oppositionsbewegung gegen die Gewerkschaftsbureaukratie auch unter den außerhalb der Gewerkschaften stehenden Arbeitermassen dafür zu werben, daß alle Anhänger einer revolutionären Gewerkschaftspolitik in die Gewerkschaften eintreten, um dadurch den Kampf der RGO zur Isolierung der Gewerkschaftsbureaukratie von den Massen, um die Eroberung aller gewerkschaftlichen Funktionen, um die Aufhebung von Ausschlüssen revolutionärer Arbeiter durch die reaktionäre Bureaukratie zu verstärken.» («Rote Fahne» vom 4. Dezember.)

Zweiter Teil der Wahrheit («Rote Fahne» vom 4. Dezember): «Wir müssen klar aussprechen, daß der Bestand der RGO als einer Organisation, daß der Bestand selbständiger RGO-Gruppen die Grundbedingung für die selbständige Führung der Kämpfe sein muß. Die Hauptaufgabe der RGO muß aber jetzt in der Arbeit innerhalb der Gewerkschaften liegen.»

Der Stalinismus will also nicht bloß die Zusammenfassung der Kommunisten in den Gewerkschaften zu Gewerkschaftsfaktionen, die Bildung einer innergewerkschaftlichen Opposition und die Zusammenfassung der Ausgeschlossenen zum Kampf um die Wiederaufnahme, sondern er will außerdem außerhalb der Gewerkschaften die RGO, selbständige RGO-Gruppen, selbständige «rote» Verbände, mit einem Wort, der Stalinismus will — Gegengewerkschaften. Die innergewerkschaftliche Arbeit, die der Stalinismus fordert, bewegt sich auf einer Linie, die durch ihren inneren Widerspruch von vornherein die Anstrengungen der Kommunisten durchkreuzt: einerseits sollen die Kommunisten innerhalb der Gewerkschaften arbeiten, für die Gewerkschaften werben, die Gewerkschaften stärken, Funktionen darin erobern — andererseits ist und bleibt das Hauptziel der ganzen stalinischen Gewerkschaftsarbeit der Aufbau von Gegengewerkschaften, von «rotten» Verbänden. Was kann dabei herauskommen? Im besten Falle wird so ein Teil der Gewerkschaftsmitglieder gewonnen, um desto sicherer deren große Masse in die Arme der SP zu stoßen.

## Nichtangriffspakt und Einheitsfront

Stalin spricht: mit Bauer — nein  
Stalin handelt: mit Herriot — ja

«Es braucht wohl nicht gesagt zu werden, daß für die Kommunisten eine Einheitsfront mit Bauer und Renner, mit Leuten, deren ganze Politik der Sanierung und Stützung des Kapitalismus dient, nicht in Frage kommt, läßt Stalin durch seine kleinen Generalsekretäre verkünden (siehe «Rote Fahne» vom 4. d. M.), gleichzeitig abschließt er Einheitsfront mit — Herriot. Wer ist Herriot? Er ist Chef der Regierung des imperialistischen Frankreich, sein «Pazifismus» besteht darin, dem französischen Imperialismus alles, was er zusammengekraut hat, zu sichern. Um den Raub der französischen Imperialisten gegen die anderen imperialistischen Banditen besser zu schützen, dazu schließt Herriot den «Nichtangriffspakt» mit Stalin. Die Differenzen unter den kapitalistischen Staaten, die Gegensätze in der Bourgeoisie auszunutzen, ist prinzipiell zulässig, taktisch zweckmäßig, ja notwendig. Auf der Grundlinie internationaler revolutionärer Politik, die vor allem aus geht auf Schaffung der Kampfeinheitsfront des Weltproletariats, nützt das der revolutionären Sache. Auf Stalins nationalekommunistischer Grundlinie wirkt sich das im besten Falle aus als zeitweilige Verstärkung der Position der Stalin-Bureaukratie. Keineswegs aber wird durch die stalinischen «Nichtangriffspakte» die Position der proletarischen Diktatur verstärkt, keineswegs wird dadurch das Kräfteverhältnis zwischen Weltproletariat und Weltbourgeoisie zugunsten der Arbeiter verschoben. Faßt man mehr ins Auge als den gerade gegebenen Augenblick, so zählt bei den «Nichtangriffspakten» bei Fortsetzung der stalinischen «Generallinie» letzten Endes auch die Stalin-Bureaukratie drauf und der wirkliche Gewinner ist der Kapitalismus, der Imperialismus, die Weltbourgeoisie.

Herriot, der «pazifistische» Führer des französischen Imperialismus, ist darüber, daß es ihm mit Hilfe der Stalin-Bureaukratie gelungen ist, Sowjetrußland für die Räuberpolitik des imperialistischen Frankreich einzufangen und einzuspannen, so erfreut, daß er den «grandiosen sozialistischen Aufbau» in Rußland in Tönen höchster Begeisterung preist. Flugs ist auch schon die Stalin-Presse bei der Hand und stellt ihm mit noch größerer Begeisterung als Schwurzeugen für den «sozialistischen» Aufbau vor die Arbeiter. Herriot, der «pazifistische» Hauptmann der imperialistischen Räuber Frankreichs, als Schwurzeuge für den — «sozialistischen» Charakter des stalinischen Aufbaues!...

Trotzki, indem er die Wahrheit über die stalinische Kollektivisierungspolitik schreibt und damit der proletarisch-revolutionären Sache nützt, kann es nicht wehren, daß die Wahrheit über den Stalinismus von Feinden mißbraucht wird. Stalin aber, dieser wirkliche Verbündete und Mitarbeiter des Massenschlächters Kemal-Stalin, dieser wirklich Verbündete und Mitarbeiter der türkischen Polizei, ist nun Verbündeter und Mitarbeiter geworden auch des französischen Imperialismus. Begreiflich, daß er das Bedürfnis hat, seine niederträchtige Politik durch niederträchtige Verleumdungen Trotzki zu verschleiern.

Einheitsfront mit Herriot — ja, Einheitsfront mit Bauer — nein: wie reimt sich das zusammen? Einheitsfront mit dem französischen Imperialismus — ja, Einheitsfront mit dem demokratischen Kleinbürgertum, mit der Sozialdemokratie — nein: wie reimt sich das zusammen? Sehr einfach: die «radikale» Ablehnung der Einheitsfront mit der SP soll den Arbeitermassen einen «revolutionären»

Charakter der stalinischen Politik vorschwindeln, damit der Stalinismus hinter dieser schelnradikalen Hölle desto besser, ungestörter und frecher seine verbrecherischen konterrevolutionären Handlungen fortsetzen könne.

Die Einheitsfront mit der Sozialdemokratie, die Einheitsfront auch mit den sozialdemokratischen Führern ist heute unbedingt notwendig, weil heute auf die-

sem Wege allein durch die Initiative der KP bei leninischer Politik die sozialdemokratischen Arbeitermillionen rechtzeitig auf die Linie des revolutionären Kampfes mobilisiert werden können. Die Stalin-Bureaukratie spielt der SP, die die proletarische Kampfeinheitsfront verhindern will, in die Hände, indem sie verlogen den Kommunisten und den Arbeitern sagt, mit den Bauer, Renner und Co. könne man keine Einheitsfront schließen. Jeder ehrliche Arbeiter, jeder ehrliche Kommunist muß den verlogenen Stalin-Bureaucraten ihr Bündnis mit Herriot, ihr Bündnis mit dem französischen Imperialismus ums freche Maul schlagen, um für die KP, für die KI den Weg freizulegen für die leninische Einheitsfront!

## Verteidigung der Demokratie!

«Otto Bauer ruft auf, diese «Demokratie» zu verteidigen» («Rote Fahne», 27. November).  
«Die von Otto Bauer proklamierte Verteidigung der kapitalistischen Demokratie ist nichts anderes als eine neue Auflage der Politik des kleineren Uebels» («Rote Fahne», 4. Dezember).

Das bedeutet nichts weniger, als daß die Stalin-Bureaukratie die Kommunisten, die Arbeiter aufruft, die Demokratie nicht zu verteidigen!

Für die SP ist die Demokratie der beste Boden zur Durchführung ihrer kleinbürgerlichen Zusammenarbeits-(Koalitions-)Politik mit der Bourgeoisie. Die bürgerliche Demokratie gibt der SP den besten Boden ab für die Züchtung von Illusionen in den Köpfen der breiten Massen. Sie nützt auf diesem Boden am besten aus die Massenkraft der ihr folgenden Arbeiter zur Unterstützung ihrer kleinbürgerlichen Politik. Diesen demokratischen Boden will der Faschismus zerschlagen. Die SP wird und muß ihn verteidigen, indem sie letzten Endes einsetzt gegen den Faschismus die breiten Massen, die ihr folgen. Zu welchem Ziel aber soll dieser Kampf nach der Absicht der SP führen? Zu keinem anderen als zur Erhaltung der Demokratie um der verräterischen Koalitionspolitik willen, die die SP dann erst recht fortsetzen will, diesmal in ihrer raffiniertesten Form, der sozialdemokratischen Alleinregierung.

Die Kommunisten verteidigen die Demokratie gegen den Faschismus, weil sie der bessere Kampfboden ist zur Mobilisierung der Millionennmassen für die proletarische Revolution. Die demokratischen Rechte geben den Kommunisten

tausende Möglichkeiten, an die Massen heranzukommen. Selbst diese so beschnittene «Demokratie» gibt noch immer eine bessere Möglichkeit zur Mobilisierung der Massen als die faschistische Diktatur.

Die Kommunisten sind einig mit den sozialdemokratischen Arbeitern, die Demokratie, diese «Demokratie», diesen schäbigen Rest bürgerlicher Demokratie mit allen Mitteln gegen den Faschismus zu verteidigen. Schuler an Schulter mit den sozialdemokratischen Arbeitern. Die SP führt diesen Kampf, um sich den Boden für ihre Koalitionspolitik zu erhalten, letzten Endes im Interesse der Bourgeoisie — die kommunistischen und sozialdemokratischen Arbeiter aber führen diesen Kampf mit dem Ziel, die Bourgeoisie zu stürzen, also im Interesse der proletarischen Revolution.

Die Verteidigung dieser «Demokratie» ablehnen, heißt dem Faschismus nützen!

Die Verteidigung dieser «Demokratie» ablehnen, heißt die KP von der großen Masse der sozialdemokratischen Arbeiter isolieren, heißt der Sozialdemokratie helfen, ihre Verratspolitik fortsetzen zu können.

Die stalinische Einstellung zur Demokratie ist eine schwere Schädigung der Kommunistischen Partei, der Arbeiterklasse, der proletarischen Revolution.

## Warum sabotiert Stalin-Bureaukratie die leninische Einheitsfronttaktik?

Warum sabotiert die Stalin-Bureaukratie den einzig möglichen Weg, auf dem allein es möglich ist, die proletarische Kampfeinheitsfront zu schaffen, warum sabotiert sie Lenins Einheitsfronttaktik?

Die «rote» Einheitsfronttaktik hat ihre tiefste Wurzel in der national«kommunistischen» Grundeinstellung des Stalinismus. Aber eine der Ursachen ist auch die, daß die Stalin-Bureaukratie fürchtet, von der SP übers Ohr gehauen zu werden. In einer der Hetzkonferenzen gegen die Opposition gab Hexmann das offen zu: «Wir wollen die Einheitsfront mit den sozialdemokratischen Arbeitern. Aber eine Einheitsfront mit den Führern, mit der Partei, ist unmöglich. Die KP würde von der SP aufgesaugt werden, die Massen würden den raffinierten sozialdemokratischen Schwindel nicht durchschauen.» Die Stalin-Bureaucraten fürchten also — ihre eigene Unfähigkeit und darum sabotieren sie die Einheitsfront. Sie wissen, daß die sozialdemokratischen Führer doch noch etwas raffinierter sind als die «unfähigen» Führer von Stalins Gnaden. Die Stalin-Schwinder fürchten, von den sozialdemokratischen Schwindlern überholt zu werden.

Ist das Argument der Stalinisten richtig? Würde die KP von der SP wirklich «aufgesaugt» werden? Nun, soweit es dabei auf die Stalin-Bureaukratie, die Stalin-Politik ankommt, ist es richtig. Die Einheitsfront von SP-, KP-Gewerkschaften muß, wird geschaffen werden. Es kommt nur auf die Politik der KP an, ob die SP die Arbeiter abermals betrogen kann oder ob die KP den Nutzen hat.

Stellt die KP auf die Linie Lenins, gibt ihr die Waffe der leninischen Einheitsfronttaktik und ihr werdet die proletarische Kampfeinheitsfront erzwingen, in ihrem Kampf über

das wahre Wesen der SP den großen Massen die Augen öffnen und sie überleben unter die Führung der KP.

Der sabotierenden Stalin-Bureaukratie sel es gesagt, was Lenin gegen jene Kommunisten schrieb, die auch fürchteten, in der Einheitsfront von der SP übers Ohr gehauen zu werden: «Wälzt die Schuld für euren Doktrinarismus (man kann heute hinzufügen: für eure Unfähigkeit und Impotenz) nicht auf die Massen ab!»

## Wieder eine „Wendung“

Wieder einmal sind die Parteibureaucraten eifrig am «Werke». Die seit längerer Zeit in der Partei tätigen Genossen werden sich vielleicht auf derlei energische «Wendungen zur Betriebsarbeit» noch erinnern können. Zum wievielten male dies seit beiläufig zehn Jahren geschehen, vielmehr davon geredet worden ist, ist allerdings nicht genau festzustellen. Wir wollen hier nicht darauf zurückgreifen, wieviele von den bereits bestehenden Betriebszellen durch die Husarenstückchen des Zentralkomitees im Laufe der Jahre zerschlagen worden sind, sondern bei der Gegenwart verbleiben. In einer Zelle des Kreises 4 sagte ein Parteireferent wörtlich: «Die frühere Lösung, «hinein in die Gewerkschaften», ist aufgegeben worden, wir schicken nur die fortgeschrittensten Kommunisten hinein, damit sie dort arbeiten; denn die reformistische Gewerkschaftsbureaukratie könnte in die Reihen der neu eingetretenen Parteimitglieder Verwirrung bringen.»

Aus welchen Kreisen müssen sich die «neu zur Partei stoßenden Mitglieder» rekrutieren, wenn die Gefahr besteht, daß sie durch den reformistischen Einfluß verwirrt werden könnten?! Jedenfalls nur aus ehemaligen Nazis oder Parteilosen. Es ist nichts dagegen einzuwenden, daß auch

## Auf jedem Stadtbahnperron

kannst du die «Arbeiter-Stimme» kaufen. Ferner an folgenden Stellen: Auszahlungstelle Thaliastraße 42 (Haustor); Trafik: Arbeitergasse 8, Siebenbrunnengasse 41 und 62, Reumanhof, Zeitungsstand Straßenbahnhallestelle Mariahilfer Viertel—Ecke Mariahilferstraße; Zeitungsstand Burggring—Ecke Mallada.

solche zum Klassenbewußtsein erwachte Arbeiter in die Partei aufgenommen werden. Wo bleiben aber die von der Gewerkschaftsbürokratie schon längst enttäuschten Arbeiter, die doch die große Masse bilden? Ist etwa deren Prozentsatz unter der neuen Mitgliedschaft so gering, daß das Stalin-ZK es nicht der Mühe wert findet, mit ihnen zu rechnen? Bei den enttäuschten SP-Arbeitern wäre doch jene Gefahr sehr gering. Führt sich die Stalin-Bürokratie ideologisch so schwach, daß sie an die Möglichkeit, SP-Arbeiter zu gewinnen, einfach selbst nicht mehr glaubt? So schwach, daß sie der Gewerkschaftsbürokratie mehr Einfluß sogar auf die — KP-Mitglieder zutraut, als die Stalin-Bürokratie selbst besitzt? Rechnet sie von vornherein nicht mit einem bedeutenden Zuwachs zum Kommunismus aus den Reihen der SP-Arbeiterschaft, oder entspringt diese Taktik dem Gefühl der eigenen — stalinischen — Unzulänglichkeit? Eines so schlimm wie das andere. Wer genauer hinsieht, wird in der Tat entdecken, daß der Großteil der Mitgliedschaft rund 90 Prozent gewerkschaftlich unorganisiert ist.

Wie sehen aber die von seiten der «unfehlbaren» Parteiführung als «reif» und «verlässlich» bezeichneten Genossen aus? Ist es tatsächlich immer das beste Material? Bei einem Kurs, der planmäßig alle erfahrenen, denkenden und darum auch kritisierenden Genossen, mögen diese noch so aktiv sein, aus der Partei drängt, was Jahre hindurch schon geschieht, muß dies verneint werden. Wieder einmal verbirgt sich hinter «radikal» klingenden Phrasen und «aktiver» Geschäftshuberei der krassste Opportunismus, der nur darauf bedacht ist, sich selbst (die Stalin-Bürokratie) oben zu behaupten um jeden Preis. Auch um den der revolutionären Interessen des ganzen Proletariats. Darum müssen wir linksoppositionellen Genossen innerhalb der Partei alles daransetzen, um endlich einmal das zu erkämpfen, was wir so nötig brauchen: das Recht auf Kritik und Diskussionsfreiheit, verbunden mit dem politischen und organisatorischen Mitbestimmungsrecht. Unser Kampf ist schwer, aber wir sind guten Mutes, weil wir der Unterstützung aller ehrlich gesinnten und denkenden Genossen sicher sind.

**Elliche Genossen aus dem Kreis 4.**

**„Das Volk ist schuld“**

Heinz der Führer des Schutzbundes, sagt es. Wie folgt erklärt er den faschistischen Vormarsch in Deutschland («Kampf» Nr. 12): «Die traurige Wahrheit ist, daß ein erheblicher Teil des deutschen Volkes ... noch nicht reif für die Demokratie ist.» «Der riesige Vorsprung, den die Nationalsozialisten erzielen konnten, ist vielmehr hauptsächlich darauf zurückzuführen, daß der Nationalsozialismus an die nationalitätlichen Instinkte, die in der Hohenzollernzeit dem deutschen Volk eingepflanzt worden sind, anknüpfen konnte.» Mit Verlaß, wo waren denn diese nationalitätlichen Instinkte 1918/19/20? Sie sind aufgenommen, als die Massen sahen, daß die SP ihnen nicht hilft, sondern wieder aufbaut den Kapitalismus. Sie sind gekommen nach dem Bankrott der SP. Politik. Lügt nicht, das Volk ist schuld — daß die Bourgeoisie, daß der Faschismus emporkommen, daran ist schuld die SP!

**Spotten ihrer selbst ...**

Nach neun Jahren stalinistischer Führung schaut die Partei nach dem Geständnis Kopenigs («RF» v. 4. d.) so aus: «Von einem festen Kurs auf die Eroberung der Betriebe ist in der Gesamtheit der Parteikolonien heute noch keine Rede» ...

**Armer**

**„Sozialfaschismus“**

Armer Sozialfaschismus — wohin bist du entschwinden? Jahrelang warst du um und auf der unfehlbaren Weisheit des Papstes Stalin und seiner Unterfeldweh. Wer dagegen sprach, war — «Kontrevolutionär». Und siehe da, Kopenig hielt eine dreistündige Rede über die Gesamtsache, 8 Spalten bringt darüber die «RF» (4. d.), aber vom Tragbalken des Stalinismus, vom «Sozialfaschismus» ist darin keine Rede mehr. Auch andere stalinische Unsinn werden darin nicht mehr erwähnt, z. B. die «Volksevolution». Ueberhaupt zeigt die Rede wie fleißig die Stalin-Bürokraten die «Arbeiter-Stimmen» studieren. Nicht um ihre Politik zu ändern, beleihe nicht, sondern nur um den Schwindel womit sie die grundsätzliche Stalin-Politik verschleiern, noch gerissener, noch raffinierter auszugestalten. Sie «wenden» nur in Worten, ohne an die «Generallinien» das Geringste zu ändern. «Wir verkünden unser Programm der nationalen und sozialen Beilegung» verkündet Kopenig am

Schluß. Das ist jenes Programm, in dem der gesamte stalinische Generallinien enthalten ist, vom Nationalsozialismus über den Sozialfaschismus bis zur «Volksevolution». Der Sozialfaschismus wurde also nur in das Magazin der stalinischen Schwindelkulisen verschoben, um nach Bedarf wieder hervorgeholt zu werden.

**Abgeblitzter Mieterschreck**

Der sattem bekannte Hausbesitzer K. Nebel, Graz-Eggenberg, arbeitet gegen die Mieter mit allen Mitteln. So wollte er auch den Gen. Harter samt Familie jetzt mitten im Winter auf die Straße setzen. Also hat er ihn kurzerhand angezeigt, — wegen Diebstahls von 3 Fenstern und 2 Kilogramm Kirschen. Bei der Gerichtsverhandlung am 5. Dezember wurde Gen. Harter freigesprochen, sehr zum Aerger des schwer bliamierten Mieterschrecks Nebel, dessen sauberer Plan durchkreuzt wurde. Eggenberger Arbeiter, merkt euch gut den feinen Herrn Nebel von der Georgigasse 27! Einige Mieter.

**Volksausspeisung für wen?**

Die Zustände der Grazer Volksausspeisung, Laudongasse, zwingen, diese soziale Errungenschaft zu beleuchten. Die Ausspeisung, die den Arbeitslosen und Ausgesteuerten über den Winter hinweghelfen sollte, spottet jeder Beschreibung. Einige Beispiele. Ein Arbeitsloser wollte seine von der Ausspeisungsstelle erhaltene Wurst verzehren. Als er sie abgeschält

hatte, war nebst Fleisch auch — Unrat drin enthalten. — Es gab Ritschert. Eine Arbeitslose entfernte aus einer Portion nicht weniger als acht Steine. — Vor kurzem stand an der Anschlagtafel zu lesen: Morgen Krautfleisch! Als die Arbeitslosen das «Krautfleisch» zu sich nahmen, hatten sie wohl Kraut, aber kein Fleisch. So werden die Proleten noch obendrein verhöhnt. No ja, die Grazer Gemeindeväter wollen auf Kosten der Proleten dem stierischen Sprichwort: «Uebers Kraut gib's nit!» Geltung verschaffen. Aber nicht nur das allein. Für diesen Fraß samt Hohn 30 g zu bezahlen, ist noch nicht alles. Wehe dem Arbeitslosen, der im Speisezimmer ein Wort spricht oder gar die Frechheit besitzt, über Politik zu reden; sofort ist der Polizeiknüttl hinter ihm. Dafür sorgt der Herr Verwalter, Sozialist vom Scheitel bis zur Sohle. Das ist die individuelle und geistige Freiheit Otto Bauers in der Praxis. Vergessen darf man dabei nicht, daß es eine sozialdemokratisch verwaltete Gemeinde ist mit einem sozialdemokratischen Bürgermeister. Wir fragen den Herrn Bürgermeister: Werden Sie ehstens Abhilfe schaffen oder wollen Sie warten, bis die Arbeitslosen zur Selbsthilfe greifen?

Ein Ausgesteuerter.

**Sowjetwirtschaft in Gefahr!\*)**

**Dor dem zweiten Fünfjahresplan**

Don L. Trotzki

**Vorwort zu den nichtrussischen Ausgaben**

Die Erfolge der beiden ersten Jahre des Fünfjahresplanes haben der Bourgeoisie der ganzen Welt gezeigt, daß es sich bei der proletarischen Revolution um etwas weit Ernsthafteres handelt, als es im Anfang geschienen hatte. Das Interesse am sowjetrussischen «Experiment» stieg überaus stark. Eine ganze Reihe von namhaften bürgerlichen Verlegern, in verschiedenen Ländern fing an, verhältnismäßig objektive wirtschaftliche Informationen herauszugeben.

Die internationale kommunistische Presse griff die am meisten optimistischen Schätzungen der russischen Presse heraus, wobei sie dieselben, im angelegentlichen Interesse der Agitation, stark übertrieb und inselbstverleumdend die wirtschaftliche Legende.

Kleinbürgerliche Demokraten, die es durchaus nicht eilig gehabt hatten, sich über eine so verwickelte Sache wie die Oktoberrevolution eine Meinung zu bilden, freuten sich über die Möglichkeit, in den Zahlen des Fünfjahresplans für ihre späten Sympathien einen Rückhalt zu finden. Großmütig «erkannten» sie — endlich — die Sowjetrepublik zum Lohn für ihre wirtschaftlichen und kulturellen Errungenschaften. Vielen von ihnen bedeutete diese Bekundung moralischen Heldentums die Möglichkeit, zu verbilligtem Tarif interessante Reisen zu machen.

Es ist, versteht sich, unvergleichlich würdiger, den sozialistischen Aufbau des ersten Arbeiterstaates zu verteidigen als die Ansprüche der Wallstreet oder der City. Aber man kann auf die lauen Sympathien dieser Herrschaften zum Sowjetstaat ebenso wenig bauen, wie etwa auf die Abneigung des Amsterdamer Kongresses gegen den Militarismus.

Leute wie die beiden Webb (und sie sind nicht die schlechtesten in diesem Kreise) haben natürlich keinerlei Neigung, sich über die Widersprüche der Sowjetwirtschaft den Kopf zu zerbrechen. Ohne sich auf irgend etwas festzulegen geht ihr Bestreben hauptsächlich dahin, die Erörterungen der Sowjets zu benutzen, um mit ihnen und durch sie die herrschenden Kreise ihres Landes zu beschämen und vorwärts zu drängen. Die Revolution der anderen ist ihnen notwendig als Hilfswaffe ihres Reformismus u. s. Zu diesem Zweck, sowie zur eigenen geistigen Beruhigung, benötigen die «Freunde der UdSSR» wie auch die internationale kommunistische Bürokratie ein einfaches, einseitiges, möglichst einleuchtendes Bild von den Erfolgen in der Sowjetunion. Jeder, der dieses Bild beeinträchtigt — ist ein Feind und Gegenrevolutionär.

Die grobschlächtige und schädliche Idealisierung des Übergangregimes in der internationalen kommunistischen Presse nahm besonders in den letzten zwei Jahren zu, d. h. in einer Zeit, in der die Widersprüche und Disproportionen der Sowjetwirtschaft schon in den Spalten der offiziellen Sowjetpresse zum Ausdruck kamen.

Sympathien, die sich auf Legenden und Fiktionen gründen, sind schwankend. Wer für seine Sympathien Illusionen braucht, ist unverlässig. Die dicht bevorstehende Krisis der Sowjetwirtschaft wird, und dazu in ziemlich naher Zukunft, die schöne Legende zerstören und es ist kein Zweifel möglich, eine Menge billiger Freunde auf den Weg der Gleichgültigkeit, wenn nicht Feindschaft, zurückzuführen.

Weit schlimmer und gefährlicher ist der Umstand, daß die Krisis der Sowjetwirtschaft die europäischen Arbeiter, in erster Linie der Kommunisten, völlig unvorbereitet überraschen wird und sie für die, den Sowjets und dem Sozialismus durch und durch feindliche, sozialdemokratische Kritik aufnahmefähig machen kann.

\*) Aus der gleichnamigen Broschüre L. Trotzki.

**Die Kunst planmäßiger Wirtschaft.**

Die Voraussetzungen der sozialistischen Planwirtschaft sind durch den Oktobersturz und durch die Grundgesetze der Sowjetmacht geschaffen worden. Im Verlaufe einer Reihe von Jahren entstanden und funktionierten die staatlichen Organe der zentralisierten Leitung der Wirtschaft. Eine gewaltige schöpferische Arbeit wurde geleistet. Was im imperialistischen und im Bürgerkrieg zerstört worden war, wurde wiederhergestellt. Neue grandiose Unternehmungen, neue Produktionszweige, ganze Industriegebiete sind geschaffen worden. Das im Staat organisierte Proletariat hat praktisch seine Fähigkeit bewiesen, die Wirtschaft nach neuen Methoden zu führen und in früher unbehörtem Tempo materielle Güter zu erzeugen. Das alles mit dem Hintergrund des seinem Ende entgegengehenden Weltkapitalismus. Der Sozialismus als System hat zum ersten Male sein Recht auf den historischen Sieg bewiesen, nicht auf den Seiten des «Kapitals», sondern durch die Praxis von Wasserkraftanlagen und Hochöfen. Unzweifelhaft würde Marx diese Art der Beweisführung vorziehen.

Verbrecherisch leichtfertig sind indessen die Behauptungen, als ob die UdSSR schon in den Sozialismus eingetreten sei. Die Errungenschaften sind groß, aber bis zum tatsächlichen Sieg über die wirtschaftliche Anarchie, bis zur Ueberwindung der Disproportion, bis zur Sicherung des harmonischen Charakters der Wirtschaft ist es noch ein sehr langer und schwieriger Weg.

Wie allseitig der erste Fünfjahresplan auch überlegt war, so konnte er, dem Wesen der Sache nach, nichts anderes sein als eine erste rohe Hypothese, von vornherein dazu bestimmt, im Prozesse der Arbeit gründlichen Veränderungen unterworfen zu werden. A priori ein vollendetes System wirtschaftlicher Harmonie zu schaffen, ist unmöglich. Die planwirtschaftliche Hypothese mußte die alten Disproportionen und die Unvermeidlichkeit der Entstehung neuer in sich tragen. Eine zentralisierte Leitung gewährleistet nicht nur große Vorzüge, sondern bedeutet auch die Gefahr der Zentralisation von Fehlern, das heißt die Erhebung der Fehler in eine sehr hohe Potenz. Nur die beständige Regulierung des Planes während der Ausführung, seine teilweise oder gänzliche Umarbeitung auf Grund der aus der Erfahrung gewonnenen Lehren, können seine wirtschaftliche Wirkung sichern.

Die Kunst sozialistischer Planwirtschaft fällt nicht vom Himmel und wird nicht bei der Eroberung der politischen Macht fertig eingehängt. Diese Kunst kann nur im Kampf errungen werden, Schritt für Schritt, nicht von einem Einzelnen, sondern von den Millionen, als Bestandteil der neuen Wirtschaft und Kultur. Es hat nichts Ueberbrassendes oder «Bühnenstückliches» wenn sich die Kunst der Wirtschaftsführung zum 15. Jubiläum der Oktoberrevolution noch auf einem sehr niedrigen Niveau befindet. Die Zeitung «Für die Industrialsierung» hält es für möglich zu sagen: «Um die operative Planwirtschaft steht es bei uns erbärmlich schlecht» (12. September). Die ganze Sache dreht sich dabei aber gerade um die operative Planwirtschaft.

Wir haben mehrmals daran erinnert, daß «bei falscher Planwirtschaft und, was noch wichtiger ist, bei falscher Regulierung des Planes im Prozeß seiner Ausführung, die Krisis sich erst kurz vor Beendigung des Fünfjahresplans entfalten und unüberwindliche Schwierigkeiten für die Ausnutzung und Weiterentwicklung seiner unzweifelhaften Erfolge schaffen kann» (Bulletin der Opposition Nr. 23, 15. Juni 1931.) Eben deswegen dünkte es uns, daß die überleitete, reimsportmäßige «Ueberführung des Fünfjahresplans auf 4 Jahre einen Akt leichtfertiger Abenteuerlust darstellte» (ebendort). Und die Befürchtungen und Warnungen sind, zum Unglück, vollständig bestätigt worden.

(Fortsetzung folgt)

L. Trotzki.

**L. Trotzki:**

**Der chinesische Bauernkrieg und das Proletariat**

(Brief an die chinesischen Bolschewiki-Leninisten)

(Schluß)

Die Konflikte zwischen den bewaffneten Arbeitern und Bauern, welche ihre Ursache in jedem einzelnen Falle auch gewesen sein mag, ob bewußte Provokation der Weißgardisten, ob taktisches Verhalten der Kommunisten, oder einfach unglückliche Fügung der Umstände, hatten doch stets die gleiche soziale Grundlage: die Unterstellung der Klassenlage und der Erziehung der Arbeiter und Bauern. Der Arbeiter geht an alle Fragen unter dem sozialistischen Gesichtspunkt heran; der Bauer — unter dem kleinbürgerlichen. Der Arbeiter strebt danach, das exproprierte Eigentum zu sozialisieren; der Bauer möchte es aufteilen. Die Schlösser und Parks will der Arbeiter der allgemeinen Benutzung übergeben; der Bauer ist geneigt, sofern er sie nicht aufteilen kann, die Schlösser zu verbrennen und die Parks abzuholzen. Der Arbeiter ist geneigt, die Fragen im staatlichen Maßstabe und nach einem Plan zu lösen; der Bauer aber geht an alle Fragen im örtlichen Maßstabe heran und steht allen Plänen des Zentrums feindlich gegenüber usw.

Selbstverständlich ist auch der Bauer imstande, sich bis zum sozialistischen Standpunkt zu erheben. Unter dem proletarischen Regime werden immer größere Bauernmassen im sozialistischen Sinne umzogen. Aber das verlangt Zeit — Jahre, sogar Jahrzehnte. Wenn man aber die anfängliche Etappe der Revolution betrachtet, so haben die Widersprüche zwi-

schen dem proletarischen Sozialismus und dem bäuerlichen Individualismus often sehr zugespitzten Charakter.

Doch an der Spitze der chinesischen Roten Armeen stehen immerhin Kommunisten? Schließt denn allein diese Tatsache nicht die Möglichkeit von Konflikten zwischen den Bauerntruppen und den proletarischen Organisationen aus? Nein, sie schließt sie nicht aus. Die Tatsache, daß einzelne Kommunisten an der Spitze der Bauernarmeen stehen, vermag an deren sozialem Charakter nichts zu ändern, selbst wenn die führenden Kommunisten eine erste proletarische Stählung besitzen. Doch wie steht es damit in China? Unter den kommunistischen Führern der Roten Truppen gibt es zweifellos nicht wenig deklassierte intellektuelle und Halbintellektuelle, die keine erstehende Schule des proletarischen Kampfes gemacht haben. Im Laufe von zwei bis drei Jahren führen sie das Leben von Partisanenkommanduren und Kommissaren, führen Krieg, besetzen Gebiete u. a. m. Sie erfüllen sich mit dem Geist des sie umgebenden Milieus.

Die Mehrheit der gewöhnlichen Kommunisten in den Roten Armeen besteht aber unzweifelhaft aus Bauern, die sehr ehrlich und aufrichtig den Namen der Kommunisten annehmen, jedoch in Wirklichkeit nur revolutionäre Pauper, oder revolutionäre Kleinbesitzer bleiben. Wer in der Politik nach Benennungen und Etiketten und nicht nach den sozialen Gegebenheiten zu-

... der ist restlos verloren. Besonders wenn es um Politik mit Waffen in der Hand geht.

Die wirkliche Kommunistische Partei ist die organisierte proletarische Avantgarde. Indessen befand sich die Arbeiterklasse Chinas im Laufe der letzten vier Jahre in einem Zustande der Unterdrücktheit und Zerstörung und beginnt erst jetzt Belebungszeichen zu geben.

Während des Bürgerkrieges in Rußland stand in dem größten Teile des Landes das Proletariat bereits an der Macht, die Führung des Kampfes lag in der Hand einer starken und gestählten Partei; der gesamte Verwaltungsapparat der zentralisierten Roten Armee lag in der Hand der Arbeiter.

In China unterscheidet sich die Lage ganz entscheidend davon und zwar zugunsten der Arbeiter. In den wichtigsten Gebieten Chinas gehört die Macht bürgerlichen Militaristen. In anderen Gebieten — den Führern der bewaffneten Bauern. Eine proletarische Macht besteht noch nirgends.

Selbstverständlich will die Bauernarmut — und das ist in China die erdrückende Mehrheit — sofern sie politisch denkt — und das ist eine geringe Minderheit — offenherzig und auf das wärmste ein Bündnis und Freundschaft mit den Arbeitern. Aber die Bauernschaft selbst die bewaffnete, vermag keine selbständige Politik zu führen.

Während sie im Alltag eine mittlere, unklare, schwankende Position einnimmt, kann sie in entscheidenden Momenten nur dem Proletariat oder der Bourgeoisie folgen. Den Weg zum Proletariat findet die Bauernschaft nicht so leicht, und erst nach einer Reihe von Fehlern und Niederlagen. Die Brücke zwischen der Bauernschaft und der Bourgeoisie bildet die städtische Kleinbourgeoisie, hauptsächlich die Intelligenz, die gewöhnlich unter der Fahne des Sozialismus oder sogar Kommunismus auftritt.

Die Führerschaft der chinesischen „Roten Armee“ hat sich zweifellos bereits eine Führerpsychologie herausgearbeitet. Beim Fehlen einer starken revolutionären Partei und proletarischer Massenorganisationen ist eine Kontrolle über die Führerschaft faktisch ausgeschlossen. Die Kommandeure und Kommissare sind unbeschränkte Herren der Lage und werden beim Einmarsch in die Städte geneigt sein, auf die Arbeiter von oben herabzublicken.

Die Forderungen der Arbeiter werden ihnen nicht selten unzeitgemäß und unpassend erscheinen. Man soll auch die „Kleinigkeit“ nicht vergessen, daß die Städte und Einrichtungen der reichen Armeen sich in den Städten nicht in den proletarischen Hütten einrichten, sondern in den besten Gebäuden der Stadt, in den Häusern und Wohnungen der Bourgeoisie; das trägt noch mehr dazu bei, daß sich die Spitzenschicht der Bauernarmee als einen Teil der „kulturellen“ und „gebildeten“ Klassen fühlt und nicht als Teil des Proletariats.

In China sind also die Ursachen und Anlässe zu Zusammenstößen zwischen der bäuerlichen, ihrer Zusammensetzung nach, aber kleinbürgerlichen, der Führung der Armee und den Arbeitern nicht nur nicht beseitigt, sondern im Gegenteil, die ganzen Umstände vergrößern außerordentlich die Möglichkeit und sogar die Unvermeidlichkeit solcher Konflikte, wobei die Chancen des Proletariats von vornherein bedeutend ungünstiger sind, als sie es in Rußland waren.

Von der theoretischen und politischen Seite wird die Gefahr um ein Vielfaches dadurch vergrößert, daß die stalinische Bureaucratie, die widerspruchsvolle Lage durch die Lösung der „demokratischen Diktatur der Arbeiter und Bauern überdeckt. Kann man eine Falle aus-

denken, die ihrem äußeren nach angenehmer, dem Wesen nach verderblicher wäre? Die Epigonen denken nicht in lebendigen, sozialen Begriffen, sondern in geprägten Phrasen: der Formalismus ist der grundlegende Zug der Bureaucratie.

Die russischen Narodniki (Volkstümpler) beschuldigten einst die Marxisten, daß sie die Bauernschaft „ignorieren“, keine Arbeit im Dorfe führen u. a. m. Darauf antworteten die Marxisten: wir erheben und organisieren die fortgeschrittensten Arbeiter und durch die Arbeiter erheben wir die Bauern. Das ist überhaupt der einzige für eine proletarische Partei denkbare Weg.

Anders handelten die chinesischen Stalinisten. Während der Revolution 1925/27 haben sie die Interessen der Arbeiter und Bauern direkt und unmittelbar den Interessen der nationalen Bourgeoisie unterworfen. In den Jahren der Konturrevolution gingen sie vom Proletariat zur Bauernschaft über, d. h. übernahmen jene Rolle, die bei uns die Sozialrevolutionäre spielten, als sie noch eine revolutionäre Partei waren. Wenn die chinesische Kommunistische Partei in den letzten Jahren ihre Anstrengungen auf die Stadt konzentriert hätte, auf die Industrie und auf die Eisenbahnen; wenn sie die Gewerkschaften, die Aufklärungskreise, die Arbeiterzirkel unterstützt hätte; wenn sie, ohne sich von den Arbeitern loszureißen, gelehrt hätte, die Vorgänge im Dorfe zu verstehen — der Anteil des Proletariats im allgemeinen Kräfteverhältnis wäre heute unvergleichlich günstiger. In Wirklichkeit aber riß sich die Partei von ihrer Klasse los. Damit kann sie letzten Endes auch der Bauernschaft Schaden bringen. Denn, wenn das Proletariat weiter beiseite bleiben wird, ohne Organisation, ohne Führung, so wird sogar der vollständig siegreiche Bauernkrieg unvermeidlich in eine Sackgasse geraten.

In alten China endete jede siegreiche Bauernrevolution mit der Begründung einer neuen Dynastie und damit auch neuer Großgrundbesitzer: die Bewegung schloß als ein circulus vitiosus. Unter den gegenwärtigen Bedingungen könnte ein Bauernkrieg ohne direkte Führung durch die proletarische Avantgarde lediglich einer neuen Bourgeoisie die Macht ausliefern, irgendeiner linken Kuomintang, einer „edritten Partei“ u. a. m., die sich in der Praxis wenig von der Tschang Kai Schek-Kuomintang unterscheiden wird. Und das würde eine neue Zerschlagung der Arbeiter mit der Waffe der „demokratischen Diktatur“ bedeuten.

Welche Schlußfolgerungen ergeben sich daraus? Die erste Schlußfolgerung ist die, daß man den Tatsachen mutig und offen ins Auge schauen soll. Die Bauernbewegung ist ein machtvoller, revolutionärer Faktor, sofern sie sich gegen die Großgrundbesitzer, Militaristen, Feudalherren und Wucherer richtet. Aber in der Bauernbewegung selbst gibt es sehr starke reaktionäre Besitzer-Interessen und diese können in einem gewissen Stadium sich gegen die Arbeiter richten und dazu mit der Waffe in der Hand. Wer die zwiespältige Natur der Bauernschaft vergißt, der ist kein Marxist. Man muß die fortgeschrittenen Arbeiter lehren, hinter den „kommunistischen“ Plakaten und Fahnen die wirklichen sozialen Prozesse zu erkennen.

Man muß aufmerksam die Operationen der „Roten Armeen“ verfolgen, den Arbeitern systematisch den Gang, die Bedeutung und die Perspektiven des Bauernkrieges erklären und die laufenden Forderungen und Aufgaben des Proletariats mit den Lösungen der Bauernbefreiung verbinden.

Auf Grund eigener Beobachtungen, Berichte und anderer Dokumente muß man sorgfältig das innere Leben der Bauernarmeen und die Ordnung in den von ihnen besetzten Gebieten studieren, auf Grund lebendiger Tatsachen die widerspruchsvollen Klassentendenzen aufdecken und den Arbeitern klar aufzeigen, welche Tendenzen wir unterstützen und gegen welche wir kämpfen.

Besonders aufmerksam muß man die Wechselbeziehungen zwischen den Roten Armeen und den örtlichen Arbeitern verfolgen, ohne auch die geringsten Mißverständnisse zwischen ihnen außer acht zu lassen. Im Rahmen einzelner Städte und Bezirke können die Zusammenstöße, sogar sehr scharfe, als unbedeutende lokale Zwischenfälle erscheinen. Aber bei der weiteren Entwicklung der Ereignisse können die Klassenkonflikte ein nationales Ausmaß annehmen und die Revolution zu einer Katastrophe führen, d. h. zu einer neuen Zerschlagung der Arbeiter durch die bewaffneten, durch die Bourgeoisie betrogenen Bauern. Die Geschichte der Revolution ist voll von solchen Beispielen.

Je klarer die fortgeschrittenen Arbeiter die lebendige Dialektik der Wechselbeziehungen der Klassen: des Proletariats, der Bauernschaft und der Bourgeoisie verstehen werden, um so sicherer werden sie ein Bündnis mit den ihnen am nächsten stehenden Schichten der Bauernschaft suchen, um so erfolgreicher werden sie den konterrevolutionären Provokateuren sowohl im Bestande der Bauernarmeen selbst als auch in den Städten entgegenwirken.

Man muß Gewerkschaften und Parteizellen aufbauen, Arbeiter-Avantgardisten erziehen, die proletarische Avantgarde zusammenschweißen, sie in den Kampf hineinziehen.

Man muß sich an alle Mitglieder der offiziellen Kommunistischen Partei mit Worten der Aufklärung und des Auftrufes wenden. Es ist höchst wahrscheinlich, daß die von der Stalinfraktion verwirrten Kommunisten uns nicht sofort verstehen werden. Die Bureaucraten werden von unserer „Unterstützung der Bauernschaft“ schreien, vielleicht sogar von unserer „Feindschaft gegenüber den Bauern (Tschang-

now hat Lenin stets der Feindschaft gegenüber den Bauern beschuldigt.)

Selbstverständlich wird solches Geschrei die Bolschewiki-Leninisten nicht verwirren. Als wir vor dem April 1927 vor dem unvermeidlichen Staatsstreich Tschang Kai Scheks warnten, beschuldigten uns die Stalinisten der Feindschaft gegenüber der nationalen chinesischen Revolution. Die Ereignisse haben bereits gezeigt, wer Recht hatte. Die Ereignisse werden auch diesmal eine Überprüfung gestatten. Die Linke Opposition kann sich zu schwach erwei-

sen, um bereits in der gegebenen Etappe die Ereignisse in die Richtung des Interesses des Proletariats zu stoßen. Aber sie ist heute stark genug, um den Arbeitern den richtigen Weg zu zeigen, und gestützt auf den weiteren Gang des Klassenkampfes, den Arbeitern ihr Recht und ihre politische Weitsichtigkeit zu offenbaren. Nur auf diesem Wege kann eine revolutionäre Partei Vertrauen erringen, wachsen, erstarken und sich an die Spitze der Volksmassen stellen.

# Aus der Partei

## „Gericht“

Die Währinger Organisation ist bekanntlich vor einigen Monaten von Linksoptionellen gereinigt worden. Die Zelle I wurde zu diesem Zwecke gänzlich aufgelöst. Jetzt sind in der zusammengezogenen Zelle weniger Mitglieder als vorher in der Zelle I allein waren. Die Lösung der Kaderfrage hat dahin geführt, daß für die eine Zelle nicht genügend Funktionäre vorhanden sind. Pisar, der Oppositionsfresser, ist durch seine aufreibende Tätigkeit schon so krank geworden, daß er seine Funktion als Obmann niederlegte und um Parteurlaub ansuchte. Der Arzt hat ihm jede anstrengende Tätigkeit verboten, er darf nicht einmal mehr den Zellenabend besuchen, nur die „Rote Fahne“ darf er noch zustellen. Teuff, der Entdecker der Linksoptionellen in Währing, welcher sich als deren Bekämpfer unstreitbar die größten Lorbeeren nach Kreutner, der zu den Nazis ging, verdient hat, hat sich vor-sichtigerweise eine Tätigkeit ausgesucht, wo er leicht jede Verantwortung abwälzen kann. Er gründete nämlich die «Antifa» im Bezirk. Bis auf drei verkrachte Versammlungen und den Umstand, daß drei Sozialdemokraten, welche von dieser «Antifa» erfaßt wurden, heute bei den Nazis sind, hat dieses Antifakomitee keinen Fehler begangen, aber auch keine Aktionen geführt.

## Saboteure!

Namens der Zelle XVIII der KPO (Opposition) haben die Genossen Pitsch und Jasek 5 Briefe an die Zellenleitung XVIII der KPO am 29. November 1932 folgenden Brief gerichtet:

«Werte Genossen! Auf Grund von wiederholten Anträgen aus Eurer Mitgliedschaft und aus unserem sympathisierenden Kreise sind wir zu nachstehendem Beschluß gekommen:

1. Die Zelle XVIII der KPO (Opposition) stellt an die Zelle XVIII der KPO den Antrag zur gemeinsamen Gründung eines Bezirksarbeitslosenkomitees in Währing auf überparteilicher Grundlage.
2. Sämtliche aktiven Parteimitglieder Währings der KPO sind von diesem Antrag und den Gründen, die zu diesem Antrag führten, schriftlich zu verständigen.
3. Bevollmächtigte in der Unterhandlung mit der Zelle XVIII der KPO und verantwortlich für die Durchführung dieses Beschlusses sind von der Linksoptionellen die Genossen Erwin Pitsch und Karl Hasenöhrl.

Auf Grund dieses Beschlusses stellen wir hiermit als Bevollmächtigte der Zelle XVIII der KPO (Opposition) an die Zellenleitung der Zelle XVIII der KPO den Antrag zur gemeinsamen Gründung eines Bezirksarbeitslosenkomitees in Währing auf überparteilicher Grundlage und ersuchen Euch, mit uns diesbezüglich in Unterhandlung treten, bezw. uns Euren Entschluß mitteilen zu wollen.

Der Brief, der auf diesen Beschluß an sämtliche aktiven Parteimitglieder Währings der KPO zugestellt wurde, liegt bei. Mit revolutionärem Gruß: Erwin Pitsch, Karl Hasenöhrl.

Der Brief, der an sämtliche Parteimitglieder des XVIII. Bezirkes am 29. November 1932 abgegangen wurde, hat folgenden Wortlaut:

Werte Genossen! Werte Genossen! Vergangener Winter hatte Währing das aktivste Bezirksarbeitslosenkomitee Wiens. Seitdem ist die Zahl der Arbeitslosen bedeutend gestiegen, die Not der Arbeitslosen ist größer geworden und wieder stehen wir vor einem neuen Hungerwinter.

Jedoch die Währinger Zelle der KPO hat sich bis heute noch nicht damit beschäftigt, wieder ein Bezirksarbeitslosenkomitee ins Leben zu rufen. So kommen manchmal Arbeitslose zu uns mit der Forderung, wir, die Linksoptionellen, sollen ein Bezirksarbeitslosenkomitee in Währing gründen. Doch wir lehnen die selbständige Gründung eines Bezirksarbeitslosenkomitees ab, weil wir nicht die Partei sind und keine eigene Partei, sondern nur eine Fraktion der Kommunistischen Partei sind. Jedoch die zwingende Notwendigkeit zur Schaffung eines Bezirksarbeitslosenkomitees besteht und es kann und darf uns nicht genügen, in dieser Frage nichts anderes zu unternehmen, als die selbständige Gründung eines Bezirksarbeitslosenkomitees abzulehnen, es der Partei zu überlassen und die Untätigkeit der Partei zu kritisieren, ohne sich die Frage vorzulegen, ob heute noch in der Partei die

Kräfte vorhanden sind, die dies mit Erfolg durchzuführen imstande wären.

Und so haben wir uns entschlossen, an die Zelle XVIII der KPO den Antrag zu stellen, mit uns zusammen, der Zelle XVIII der KPO (Opposition), ein Bezirksarbeitslosenkomitee in Währing auf überparteilicher Grundlage zu schaffen.

Da bei Zustandekommen eines solchen Komitees sich wieder alle Kräfte vereinen, die im vorigen Winter an der Schaffung, Führung und erfolgreichen Aktivierung des Währinger Bezirksarbeitslosenkomitees mitwirkten und man jetzt überdies noch dazu durch die Vereinigung von Partei und Opposition im Bezirksarbeitslosenkomitee den Arbeitslosen die Notwendigkeit und die Tatsache der Überparteilichkeit des Kampfes der Arbeitslosen vor Augen führen würde, hätte ein solches Komitee bestimmt Erfolg.

Genosse, tritt ein für unseren Antrag, denn es muß endlich einmal Schluß gemacht werden mit dem beschämenden Zustand, daß, trotzdem bereits schon in wenigen Tagen der Reichsarbeitslosenkonferenz tagt, man in Währing seitens der Partei noch nicht einmal daran denkt, die Arbeitslosen zu organisieren. Mit revolutionärem Gruß: Zelle XVIII der KPO (Opposition).

Der Zellenleiter der Parteiliste XVIII, Kremser, hat am Freitag, den 2. Dezember, den Genossen Pitsch und Hasenöhrl in alter Form erklärt, daß die Kreisleitung und das ZAK den Antrag der Linksoptionellen ablehnen. Wieder ein Beweis, die Sabotage der Stalin-Bureaucraten. Das ehrliche Anbot unserer Währinger Genossen wird dazu beitragen, den ehrlichen Parteimitgliedern die Augen zu öffnen über den Stalinismus.

## Aus der Opposition

Bildungsabend: Montag, den 12. Dezember, im Gasthaus Aumann, XVI, Hasnerstraße 46, um halb 8 Uhr abends.

Bezirksorganisation XII/V. Jeden Freitag abends: Gasthaus Kirchner, XII, Rosaliagasse Nr. 11.

Bezirksorganisation XVI. Jeden Freitag abends: Gasthaus Kraus, XVI, Hasnerstraße 50. Bezirksorganisation XVIII. Jeden Donnerstag, 8 Uhr, im bekannten Lokal.

Bezirksorganisation XX. Jeden Dienstag um halb 8 Uhr im vereinbarten Lokal.

Bezirksorganisation XXI. Jeden Freitag abends im Gasthaus Reida, XXI, Brünnlerstraße 51.

Bezirksorganisation Graz: Auskünfte, Zuschriften an die «Arbeiter-Stimme» werden entgegengenommen jeden Donnerstag, 7 bis 8 Uhr abends, im Kommunekeller Eggenberg, Rochelgasse 52.

## Briefkasten

Graz. Die Geschichte mit dem alten Genossen ist wahr, da hat der Mahruhi ausnahmsweise einmal die Wahrheit gesprochen, nur hat sich die Geschichte in Graz ereignet bei der — Mahrufruppe — Jener Einladungsbrief zur Einigungs-konferenz am 30. Oktober 1932, ist gefälscht.

Die Fälschung kann ohne weiters den Lanstaudaniel zugemutet werden, fälschen liegt in ihrer Art. Allein sie kann ebenso jenem Polzer zugerechnet werden, dessen «Linie» eine nur durch jahrelangen Schlaf unterbrochene Kette von Gaueneren ist. Eine Reihe von Umständen liefert in der Tat Beweis, daß die Fälschung ausgeht von Polzer und seiner ihm obenhängigen Kumpane. In Nr. 114 hat die «Arbeiter-Stimme» den Brief mit samt der Konferenz und der ganzen Vorgeschichte als elende Schwindel erklärt. Die Max und Moriz Nr. 2 hüben sich aber heute noch in Schweigen. ... Und der in dem Schwindelbrief als Referent der «Einigungskonferenz» genannte Berliner Genosse schweigt ebenfalls.

Die Max und Moriz Nr. 2 sind die Fälscher! Die Max und Moriz Nr. 2, die sich unter dem Segen des Internationalen Sekretariats als «Linke Opposition der KPÖ, Bolschewiki-Leninisten» etablieren und mit dieser ihrer Firma fleißig herumstapeln, haben ihre erste Visitation als neu gebackene Sektion abgegeben in Form eines Fälscherkunststücks. So froch die Max- und Moriz-Schwindelkompanie ist, eine solche Fälschung hätte diese Fälschergesellschaft nicht gelehrt, wenn sie nicht zumindest einige Mitglieder der Leitung der deutschen Linksoptionellen und das internationale Sekretariat hinter sich wüßte, für dessen Tun und Lassen Trotzki die Verantwortung trägt. Wir gratulieren zum Fälscherbaby. Ganz gewiß, mit Giftelenzen und Giftmethoden a la Max und Moriz wird man die Kommunistischen Parteien, die Kommunistische internationale bestimmt gesunden. ...

... der Fälscher... (Opposition). — Herausgeber und Verleger: Josef Frey, XII, Schönbrunnerstraße Nr. 236. — Verantwortlicher Redakteur: Max Stöckel. Wien, XVI, Sautergasse 27. — Druck: Erlow, Wien, VI.

... der Fälscher... (Opposition). — Herausgeber und Verleger: Josef Frey, XII, Schönbrunnerstraße Nr. 236. — Verantwortlicher Redakteur: Max Stöckel. Wien, XVI, Sautergasse 27. — Druck: Erlow, Wien, VI.

... der Fälscher... (Opposition). — Herausgeber und Verleger: Josef Frey, XII, Schönbrunnerstraße Nr. 236. — Verantwortlicher Redakteur: Max Stöckel. Wien, XVI, Sautergasse 27. — Druck: Erlow, Wien, VI.

... der Fälscher... (Opposition). — Herausgeber und Verleger: Josef Frey, XII, Schönbrunnerstraße Nr. 236. — Verantwortlicher Redakteur: Max Stöckel. Wien, XVI, Sautergasse 27. — Druck: Erlow, Wien, VI.

... der Fälscher... (Opposition). — Herausgeber und Verleger: Josef Frey, XII, Schönbrunnerstraße Nr. 236. — Verantwortlicher Redakteur: Max Stöckel. Wien, XVI, Sautergasse 27. — Druck: Erlow, Wien, VI.

## Arbeiterkulturbund „Spartakus“

Sitz: XVI., Hasnerstraße 50, Gasthaus Kraus

Bildungsabend: Montag, den 12. Dezember, im Gasthaus Aumann, XVI, Hasnerstraße 46, um halb 8 Uhr abends.

11. Dezember: Zusammenkunft Endstation Grazing 2 Uhr, Treffpunkt 4 Uhr Jägerwiese.

18. Dezember: Zusammenkunft Endstation Mühlbort 2 Uhr, Treffpunkt 4 Uhr Werbkütte.

26. Dezember: Zusammenkunft Endstation Neuwaldweg 9 Uhr, Partie ins Weidlingtal. Treffpunkt 4 Uhr Rohrerwiese. Zusammenkunft der Nachmittagspartie Endstation Sievering 8 Uhr.